

SPD-Papier zur Hochschulpolitik fällt im Faktencheck durch

Knapp 5 Jahre hat die SPD in der CDU-geführten Landesregierung wichtige Entscheidungen für das Land mitgetragen. In wenigen Wochen ist Landtagswahl – nun verlässt die SPD diesen Weg der Vernunft und verspricht jedem alles, um damit zu punkten. Nach den untauglichen Vorschlägen zur G8/G9-Diskussion ist jetzt die Hochschulpolitik dran.

Die SPD meint, die Beauftragung eines Gutachtens zur Weiterentwicklung des Hochschulsystems durch den Wissenschaftsrat sei ein „zentraler Fehler“ gewesen.

(Ulrich Commercon, Saarbrücker Zeitung vom 21.01.2017)

Fakt ist: Sämtliche SPD-Minister – also auch Commercon und Rehlinger – haben im Ministerrat das Gutachten mitbeschlossen, das zudem bereits im Koalitionsvertrag vereinbart war. Und dieser Beschluss hat sich als richtig erwiesen: Auf Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrates konnten z.B. 22 Mio. Euro Bundesfördermittel zusätzlich eingeworben werden; diese fließen in den Bereich „Molekulares Signaling“, den der Wissenschaftsrat als herausragend bewertet hat. Übrigens wurde auch der neue Hochschulentwicklungsplan vom Kabinett einhellig beschlossen und durch die SPD, auch bei der Beratung im Landtag, immer verteidigt.

Die SPD fordert, die Landeshauptstadt Saarbrücken müsse stärker in die Hochschulpolitik eingebunden werden. (SPD-Hochschulpapier)

Fakt ist: Dass vieles am HTW-Campus in Alt-Saarbrücken nicht vorangeht, liegt vor allem an der Stadt Saarbrücken. Durch Blockadehaltung und Verzögerungstaktik, etwa in Grundstücksfragen, behindert die Landeshauptstadt wichtige Weichenstellungen für den Hochschulstandort, anstatt dessen Entwicklung zu unterstützen.

Die SPD will im Falle einer Regierungsmehrheit „eine neue Hochschulpolitik etablieren“.

(Pressemitteilung vom 20.01.2017)

Fakt ist: Die saarländischen Hochschulen sind derzeit so erfolgreich wie nie zuvor. Universität und HTW werben Drittmittel in Rekordhöhe ein. Mit der Innovationsstrategie und dem Hochschulentwicklungsplan haben CDU und SPD in Landesregierung und Landtag gemeinsam die Grundlage geschaffen, damit diese erfolgreiche Entwicklung weitergeht. Trotz schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen haben wir in den letzten Jahren rund 30 Mio. Euro jährlich in Baumaßnahmen für die Hochschulen investiert. Auch den noch bestehenden Sanierungsstau werden wir anpacken: Nur durch die solide Finanzpolitik der letzten Jahre war der Erfolg bei den Bund-Länder-Finzen möglich. Dadurch haben wir Spielräume für Zukunftsinvestitionen erzielt, von denen auch die Hochschulen profitieren werden.

Wir wollen zusammen dafür arbeiten, dass es in unserem Land weiter voran geht.

Dabei gilt: Auch im Wahlkampf muss man Rückgrat zeigen und zu dem stehen, was man gemeinsam in der Landesregierung beschlossen hat.